

blick nach rechts

G 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 13. Jahrgang Nr. 17 21. August 1996

➔ **Tatort Internet** Seite 2

Im weltweit reichenden Computernetz Internet findet sich inzwischen eine breite Angebotspalette an braunen Texten. Auch deutsche Rechtsextremisten sind dazu übergegangen, ihre Botschaften via Internet zu verbreiten.

➔ **Fanatischer Holocaust-Leugner** Seite 5

Ein ehemaliger Sprachlehrer aus der Schweiz zählt heute zu den bekanntesten Autoren der Holocaust-Leugner. Seine Machwerke werden auch per Internet empfohlen.

➔ **NS-Lobby blieb stets aktiv** Seite 6

Neue Fakten und Zahlen belegen, wie in den Anfängen der Bundesrepublik Nazis rehabilitiert wurden und wieder zu Ämtern und Würden gelangten.

➔ **Organ der extremen Rechten** Seite 12

Die österreichische Monatszeitschrift „Aula“ bietet ein Forum für neu-rechtes und rechtsextremes Gedankengut.

Tagebuch Seite 13

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Vorwärts Verlag, Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon 0228/95113-0, Fax 95113-16

Rechtsextremisten nutzen gezielt
die elektronischen Medien:

Braune Botschaften via Internet

Das weltweit reichende Computernetz INTERNET mit seinen insgesamt rund 43 Millionen Nutzern ist für die extreme Rechte zu einem beliebigen Betätigungsfeld geworden. Auch deutschsprachige Rechtsextremisten aller Schattierungen haben ihre Botschaften mittlerweile in das Computernetz eingespeist.

Mitte Juli fand in Süddeutschland unter dem großspürigen Motto „1. Nationaler Internet-Kongreß“ auf Einladung der Augsburger NPD ein Treffen von Betreibern neonazistischer Hobby-Mailboxen aus dem Umfeld der NPD statt. Beschlossen wurde von den Tagungsteilnehmern, das Internet „in Zukunft verstärkt für nationale Projekte“ zu nutzen. Als erstes soll die „Berlin-Brandenburger Zeitung“ (BBU) - über die „Thule-Domain“ - an den Start gehen.

Das Internet wurde von deutschsprachigen Ultrarechten und Holocaustleugnern erst relativ spät entdeckt. Die bundesdeutsche Szene vertraute noch bis Anfang der 90er Jahre fast ausschließlich auf traditionelle Propagandamethoden: Flugblätter, Zeitschriften, Aufmärsche und Saalkundgebungen. Erst als die Sicherheitsbehörden angesichts der pogromähnlichen Übergriffe durch Rechtsextremisten auf Nicht-Deutsche, beginnend im September 1991 im ostsächsischen Hoyerswerda, und der sich regenden Empörung im In- und Ausland ihren bis dahin allzu laxen Kurs gegenüber Rechtsextremisten langsam änderten und es immer häufiger zu Hausdurchsuchungen, Demonstrations- und Organisationsverboten kam, machten sich diese Gedanken über neue Strukturen und neue Kommunikationsstränge.

Vorreiterin war in dieser Beziehung die NPD unter ihrem damaligen Bundesvorsitzenden Günter Deckert. 1992 mietete die NPD Seiten im BTX-Dienst (heute: T-Online) der Telekom, um ihre Propaganda zu verbreiten. Für die Nationaldemokraten war der Einstieg in BTX nur der Anfang. Ein kleiner Zirkel innerhalb der bayrischen NPD arbeitete an der Weiterentwicklung des Konzeptes und initi-

ierte die Gründung des Thule-Mailboxnetzes, dem heute rund ein Dutzend Mailboxen angehört. Zweites wesentliches Standbein beim Aufbau neuer Kommunikationsstrukturen im neonazistischen Lager sind „Nationale Infotelefone“ (NIT).

„Leuchter-Report“ im Angebot

Als die Berichterstattung nach dem Anschlag in Oklahoma die Aktivitäten von US-amerikanischen Rechtsextremisten thematisierte, erwachte das Interesse bundesdeutscher Neonazis auch am Internet. Politisches Hauptziel ist die Verbreitung von im deutschsprachigen Raum verbotener ausschwitzleugnender, antisemitischer und NS-Propaganda.

Einer der ersten Rechtsextremisten im Netz war der im kanadischen Toronto lebende Deutsche Ernst Zündel, der sich das Internet etwa Anfang 1995 nutzbar machte. Nachdem er seine holocaustleugnende Propaganda jahrelang per Rundbrief, Video und Rundfunksendung verbreitet hatte, eröffnete sich für ihn hier ein neues Betätigungsfeld, das er mit der bei ihm gewohnten Penetranz zu nutzen versteht. Abrufbar ist bei Zündel in deutscher Sprache der sogenannte „Leuchter-Report“. Der Verfasser, der US-Amerikaner Fred Leuchter, selbsternannter Ingenieur ohne technische Ausbildung, erstellte 1988 im Auftrag von Zündel einen Bericht über die angeblich technische Unmöglichkeit von Menschentötungen mittels Giftgas in den Vernichtungslagern Auschwitz und Majdanek. Dieses Machwerk gilt seither bei Rechtsextremisten in der ganzen Welt als Legitimation für ihre auf Rehabilitierung des Nationalsozialismus zielenden revisionistischen Aussagen.

Ebenfalls der Holocaustleugnung verschrieben hat sich die „Radio Islam home page“ von Ahmed Rami, dem in Marokko geborenen Auschwitz-Leugner, der auch in Kontakt zu Germar Rudolf (verheirateter Scheerer) und dem gleichfalls nach Spanien geflüchteten Alt-Nazi Otto Ernst Remer steht. Rami, dessen antisemitische Hetze u.a. in deutscher Sprache angeboten wird, gilt als Bindeglied zwischen westeuropäischen und arabischen Holocaustleugnern.

Eine „eigene Abteilung“ im Rahmen der „Radio Islam Homepage“ hat sich für „Leseproben“ das im englischen Uckfield ansässige „National Journal“ gemietet. Hinter der Redaktionsgemeinschaft verbirgt sich der revisionistische Unterstützerkreis von Remer, namens „Die Freunde im Ausland“ (DFiA).

Ähnlich plumpe Holocaustleugnung wie Rami und das deutschsprachige „National Journal“ vertreten die österreichischen Rechtsextremisten Peter Kurt Weiss, einst FPÖ-Funktionär und heute Vorsitzender des neonazistischen Sektierergrüppchens „Bürger-schutz Österreich“, sowie der einschlägig bekannte Wiener Computerexperte Franz Swoboda, der im tschechischen Brunn eine „Orion Verlags- und Handels GmbH“ betreibt. Als „Bürgerforum Europa“ im Internet vertreten, bieten sie u.a. die ekelhaften „Protokolle der Weißen von Zion“ an. Abrufbar sind beim „Bürgerforum Europa“ auch Texte des einstigen Rechts-Terroristen Manfred Roeder.

Via Internet verbreitet wird ebenso das in Österreich jüngst beschlagnahmte voluminöse Buch „Evolution und Wissen. Neuordnung der Politik“ des österreichischen Waffen-SS-Mannes Herbert Schweiger, der von der „6-Millionen-Legende“ spricht. Das Machwerk stellt den Versuch dar, das traditionelle NS-Weltbild für die heutige Zeit aufzubereiten. Ins Internet wurde es von dem baden-württembergischen Neonazi Jürgen Jost (alias „Joschi“) gestellt. Dieser ist Betreiber der Mailbox Elias, die dem neonazistischen „Thule-Mailbox-Verbund“ angehört. Deren Betreiber tummeln sich nunmehr auch seit einigen Wochen im Internet.

Empfehlung für „Deutschland-Bewegung“

Zu den „Thule“-Propagandisten gehören auch die Macher des „Nationalen Infotelephons Hamburg“ (NIT), eines neonazistischen Anrufbeantworters, auf dem Veranstaltungshinweise und aktuelle Kommentare zum Zeitgeschehen aus brauner Sicht abgerufen werden können. Das NIT, dessen Script im Internet verbreitet wird, liefert Antisemitismus pur: „Wie nicht anders zu erwarten war, ist die Hollywood-Seifenoper des Juden Steven Spielberg, >Schindlers Liste<, mit Oscar-Auszeichnungen überhäuft worden. Ein Film von Spielberg erhält grundsätzlich einen Oscar. Richtet er sich gegen Nazideutschland, kommen weitere dazu, und hält er den Auschwitzmythos am Leben, wird er mit sieben Oscars zum Film des Jahres.“ NIT-Betreiber ist Andre Goertz, zeitweilig Führer des Hamburger Landesverbandes der zwischenzeitlich verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP).

Unter der Bezeichnung „Im Zeichen der Schwarzen Sonne“ findet sich der „erste nationale Buchdienst“ im Internet. Kopf des Buchdienstes ist

Michael Prümmer, JN-Bundesgeschäftsführer. Er bietet u.a. die online-Ausgabe der neonazistischen „Deckert-Depesche“ an. Per Computer kann bei ihm alles bestellt werden, „was der >Rechtsstaat< BRD noch nicht verboten hat“: „Seien es nun CD's von nationalen Musikgruppen, Videos aus den 30ern oder vielleicht doch ein schönes Buch für Omis Geburtstag“. Empfohlen werden von Prümmer „andere interessante Internetseiten für nationale Bürger in Deutschland“; darunter die „Deutschland-Bewegung“.

Initiator der „Deutschland-Bewegung“ ist der rechte Wanderprediger und „Friedensforscher“ Alfred Mechtersheimer, der neuerdings gegen sozialdemokratische Journalisten angeht. Mechtersheimer beklagt, daß in unserem „kranken Land“ aus „Angst vor Stigmatisierung kaum ein demokratischer Politiker den Mut“ habe, „offen zu erklären, daß es verantwortungslos sei, das Elend der Welt durch die Umwandlung des überbevölkerten Deutschlands in einen multi-ethnischen Staat lindern zu wollen“. Diese Politik, so Mechtersheimer, sei „Ausdruck mangelnder Verantwortlichkeit für das eigene Volk“. Geworben wird für die Homepage der „Deutschland-Bewegung“ auch in der Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Deren politische Ziel ist, so der aktuelle Verfassungsschutzbericht (1995) des Landes Nordrhein-Westfalen, ein „großdeutsches Reich“.

„Rettung völkischer Lebensgrundlagen“

Aus dem direkten Umfeld der „Jungen Freiheit“ sind im Internet auch der Konservative Gesprächskreis Hannover (Initiator: Hans Joachim Baumbach), das Online-Magazin „Kritik“ und der San Casciano Verlag vertreten. Im Mittelpunkt des San Casciano-Verlagsangebotes im Internet stehen Aufsätze von und über den italienischen Faschisten Julius Evola, einem Vordenker der sogenannten Neuen Rechten in Europa.

Im Internet vertreten ist neben dem „Bund Freier Bürger“ (BFB) auch die NPD durch die www-Seiten ihres Kreisverbandes im bayrischen Augsburg. Der Betreiber dieser Seite, Ernst Ellert, gehört nach Angaben der neonazistischen „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige“ (HNG) seit über zehn Jahren neonazistischen Gruppen an. Hingewiesen wird von der NPD auf die eigene Bibliothek des „revolutionären Nationalismus“. Grundlegende Werke von ideolo-

gischen Wegbereitern des Nationalsozialismus, wie Arthur Moeller van den Bruck, werden zur Schulung angeboten. Vorerst stehen die Texte des „revolutionären Nationalismus“ jedoch nur als Textdateien zur Verfügung und müssen über ein Postfach in Augsburg bezogen werden. Nachzulesen ist im INTERNET-Rundbrief auch eine Erklärung der bayrischen NPD: Alle „nationalen

Kräfte im deutschen Volk“ werden darin zum Zusammenschluß einer „Fundamentalopposition zur Rettung völkischer und natürlicher Lebensgrundlagen“ aufgerufen. Im Rahmen eines Projekts „Bündnis Deutschland“ sollen Republikaner, DVU-Anhänger, „jugendliche Aktionsgruppen“ und „unabhängige Individualisten“ zusammenfinden.

Martin Dietzsch/Anton Maegerle

KOMMENTAR

Grenzen der Medienfreiheit

Wieder sind wir auf dem Weg in eine noch schönere aller Welten, ins Internet. Gerade erreichten uns per Internet für die Erziehung des Menschengeschlechts nun auch gut gebildete Informationen zum Thema „Wie zersäge ich mein Mordopfer?“

Leider gehört es mittlerweile zur regelmäßigen Berichterstattung des „blick nach rechts“, wie Rechtsextremisten sich inzwischen der neuen Medien bedienen. Im bayerischen Verfassungsschutzbericht für das erste Halbjahr 1996 hat Innenminister Günter Beckstein dem erstmals ein ganzes Kapitel gewidmet. Beckstein hat auf zwei grundlegende Probleme hingewiesen: zum einen endet das www (word wide web) nicht an Landesgrenzen, die regelmäßig auch die Grenze nationaler Rechtsordnungen bilden; zum anderen wird die Entdeckung und gegebenenfalls Verfolgung strafrechtlich relevanter Informationsverbreitung durch Verschlüsselungen erschwert.

Abhilfe verspricht in dieser Situation der Bundesforschungsminister Jürgen Rüttgers über ein Multimediagesetz des Bundes, über das im Herbst mit den Ländern Einvernehmen erzielt werden und das zu Anfang des kommenden Jahres in Kraft treten soll. Ziel sei es, die Vorkehrungen im Strafrecht gegen die Verbreitung rechtswidriger Informationen durch die klassischen Medien - Wort, Schrift, Bild - auf die neuen Medien zu übertragen. „Es darf nicht sein, daß die Auschwitz-Lüge straffrei bleibt, nur weil sie statt schwarz auf weiß in BITS und BYTES verbreitet wird“, macht der Minister zu Recht deutlich. Nun wird für den Laien nicht einsichtig sein, wes-

halb eine Beleidigung im Internet anders zu werten ist als die zu Papier gebrachte. In der Tat darf es da keinen Unterschied geben, sonst wäre es einem Dortmunder Amtsrichter nicht jetzt schon möglich gewesen, einen 26jährigen Soziologie- und Statistikstudenten, der im Internet einen Witz über Naziverbrechen in Konzentrationslagern verbreitet hatte, wegen antisemitischer und rassistischer Äußerungen zu 1.500,— DM Geldstrafe zu verurteilen. Gleichwohl gibt es etwa Rechtsprobleme, ob im Internet präsente Informationen unter dem Begriff der Schrift im Sinne der einschlägigen Strafrechtsnormen zu fassen sind, und zur Verantwortlichkeit des sogenannten „Provider“ (zu deutsch: des Veranstalters). Rüttgers sieht relativ deutlich, daß es im internationalen Verkehr erhebliche Unterschiede bei der Bewertung der Strafbarkeit von Vorgängen im Internet gibt. Insbesondere zu den USA, dem derzeit größten Partner im Internet, bestehen da erhebliche ethische Divergenzen. Amerika scheint einem relativ schrankenlosen Freiheitsbegriff anzuhängen, wir erinnern uns an den Aufschrei, als hier versucht wurde, den Zugang zu Kinderpornographie im Internet zu blockieren. Deshalb bedarf es dringend des internationalen Einvernehmens über Standards im Internet. Im übrigen ist es logisch, daß das hohe Informationsaufkommen im Internet schon aus technischen Gründen eine Totalkontrolle gar nicht zuläßt. Eine IP (Internetpolice) kann auch nicht gewollt sein. Trotzdem dürfte die Hoffnung auf den Nutzer uns nicht weit helfen. Das gilt insbesondere für die Vermittlung, wie Jugendliche und Kinder mit den neuen Medien umzugehen haben. Denn die Kontrolle hat schon beim Fernsehen nicht geklappt, sonst wäre angesichts des über weite Strecken fragwürdigen Angebots der Medienkonsum im jugendlichen Alter nicht so erschreckend hoch.

Klaus-Henning Rosen

Werdegang eines Sprachlehrers:

Ein fanatischer Holocaust-Leugner

Auf der Internet-Homepage „Bürgerforum Europa“, eingerichtet vom rechtsextremistischen „Bürgerschutz Oesterreich“ erhält der Schweizer Holocaust-Leugner Jürgen Graf eine Bedeutung, die jenseits vernünftiger Realitätswahrnehmung ist. Graf sei „ein waghalsiger Buchautor“, der mit „jedem seiner Bücher mindestens zehn Jahre Knast riskiert“. Die Homepage „Bürgerforum Europa“ gibt noch ein weiteres Beispiel rechtsextremistischer Täuschung. Sie sei, so die deutschsprachige Ankündigung „ein Forum gleichgesinnter (absolute Meinungsfreiheit) Gruppen, Personen & Organisationen Europas“. Absolute Meinungsfreiheit meint hier das Recht auf Lüge, insbesondere die Leugnung des Holocausts. Unverblümt antisemitisch und antifreimaurerisch hingegen die englischsprachige Homepage-Beschreibung: „Platform of European patriots with similiar interest fighting against the New World Order as described by the rules of the Freemasons, the Talmud & the 24 >Protocoles of the „Learned Elder of Zion“.

Innerhalb dreier Jahre ist der heute 45jährige Ex-Sprachlehrer Jürgen Graf zu den bekanntesten Autoren der Holocaust-Leugner aufgestiegen, nachdem er sich im Frühjahr 1993 als Holocaust-Leugner geoutet und sein Buch „Der Holocaust auf dem Prüfstand. Augenzeugenberichte versus Naturgesetze“ im Eigenverlag veröffentlicht hatte. Der damals 42jährige Graf, der einst als Asyl-Befrager gearbeitet und anschließend eine polemische Beschimpfung der „Wirtschaftsflüchtlinge“ veröffentlicht hatte, wurde unverzüglich aus dem Schuldienst entlassen.

Strafverfahren in Deutschland

Seit seiner Entlassung hat Vielschreiber Graf zuerst seinen Erstling erweitert und unter dem Titel „Der Holocaust-Schwindel“ herausgegeben. Grafs weitere Bücher („Auschwitz. Tätergeständnisse und Augenzeugen des Holocausts“ und „Todesursache Zeitgeschichtsforschung“) verlegte der „Neue Visionen Verlag“, Würenlos/Schweiz. Gegründet wurde der Verlag im Sommer 1994 vom heute 76jährigen Gerhard Foerster, einem ehemaligen Panzerkommandanten der Deutschen Wehrmacht. Mit einer Stammeinlage von 3.000 Franken betei-

ligt ist auch der Deutsche Johannes P. Ney (Verfasser von „Reizwort Rasse“ und „Das Wannsee-Protokoll - Anatomie einer Fälschung“). In den vergangenen Jahren verlegte der Verlag neben den beiden Grafschen Machwerken auch das Buch „Verdammter Antisemitismus“ eines Harold Cecil Robinson (wahrscheinlich ein Pseudonym). Gegen Graf wie auch gegen seinen Verleger hat der zuständige Staatsanwalt im Frühling 1996 Anklage erhoben. Der Prozeß wird aller Voraussicht nach diesen Herbst stattfinden. Gegen Graf laufen auch in Deutschland zwei Strafverfahren: Gegen ein Urteil des Amtsgerichts Weinheim (ein Jahr Gefängnis auf Bewährung und 10.000 DM Geldstrafe), ergangen im August 1995, wegen Volksverhetzung, des Aufrufs zum Rassenhaß sowie der Verunglimpfung des Ansehens Verstorbener legte er Berufung ein. Ein zweites Verfahren wegen Graf neuestem Machwerk „Todesursache Zeitgeschichtsforschung“ steckt noch in den Anfängen.

Seine eifrige und fanatisierte Tätigkeit hat Graf Beachtung in der Internationale der Holocaust-Leugner eingetragen. Über Internet verbreitet Ahmed Rami, Betreiber des antisemitischen Radio Islam Stockholm, sowohl die französische Übersetzung eines Grafschen Erstlings („L'Holocauste au scanner“) wie auch ein Foto mit der Legende „Famous author Jürgen Graf and Ahmed Rami in Basel 1994“. Grafs Einbettung in die Internationale der Holocaust-Leugner dokumentiert weiter ein Porträt Grafs auf der Homepage des „Institut für historical review“ (IHR). Das im südlichen Kalifornien beheimatete IHR strebt die weltweite Vernetzung der Holocaust-Leugner an und organisiert regelmäßig Kongresse. Im September 1994 hatte auch Graf einen Auftritt. Graf sei, so die IHR-Vorstellung ihres Referenten, nicht nur aktiv bei den Holocaust-Leugnern, „sondern auch in der Kampagne gegen eine weitere nicht-europäische Einwanderung in die Schweiz“.

In der Schweiz gehört Graf zu den Mitgliedern der „Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung der Zeitgeschichte (AEZ)“, dem Zusammenschluß der Schweizer Holocaust-Leugner. Im Frühjahr 1994, anlässlich der Auseinandersetzungen um die Antirassismus-Strafnorm, hatte Graf mit Schauprozessen zur Propagierung der Holocaust-Verleugnung gedroht. Diese Hoffnung hat das Schweizer Bundesgericht zwischenzeitlich zerstört: „Die Forderung nach einem einzigen Beweis für die Existenz von Gaskammern ist angesichts des vorhandenen Beweismaterials absurd.“

Hans Stutz

Neue Zahlen über NS-Verbrecher:

NS-Lobby blieb stets aktiv

Als der ehemalige stellvertretende US-Ankläger in Nürnberg, Robert Kempner, 1983 seine Erinnerungen "Ankläger einer Epoche" veröffentlichte, nannte er ein Kapitel "Gnadenfieber". Darin schilderte der große Jurist und Humanist, wie früh sich deutsche Politiker, Kirchen, Verbände und Organisationen für die Amnestie bestimmter NS-Verbrecher einsetzten. Die seinerzeit waschkörbeweise bei der Bundesregierung eingehenden Gnadengesuche werden offenkundig vom Bundesjustizministerium noch immer unter Verschuß gehalten, damit nicht öffentlich wird, wer damals wen als Fürsprecher hatte. Nun gibt es neue Zahlen und Namen zu diesem Kapitel. Publiziert hat sie der Freiburger Historiker Prof. Dr. Ulrich Herbert in seinem jüngsten Buch "Best - Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903 - 1989", das im Bonner Verlag Dietz herausgekommen ist, knapp 700 Seiten hat und 58,00 DM kostet. Werner Best war ein Spitzen-Nazi, mitverantwortlich für das Wüten der Einsatzgruppen in Polen und später "Reichsbevollmächtigter" im besetzten Dänemark. Dort wurde er 1948 zum Tode verurteilt. Im Revisionsverfahren erkannten die Richter 1949 auf fünf Jahre Freiheitsstrafe, was in der dänischen Öffentlichkeit einen Sturm der Entrüstung auslöste. Unter diesem Druck kam das Verfahren im März 1950 vor das höchste dänische Gericht, das Best zu zwölf Jahren verurteilte. Eineinhalb Jahre danach, im August 1951, wurde Best in die Bundesrepublik abgeschoben.

Wie Best erging es Tausenden anderer NS-Funktionäre. Der "Kalte Krieg" und der Druck der Öffentlichkeit zugunsten der NS-Verbrecher machten das, wie Herbert jetzt nachweist, möglich. 1945, in den ersten Monaten nach der Befreiung, befanden sich etwa 250.000 Nazis im Gewahrsam der drei Westmächte. Ein Jahr später, also 1946, waren es nur noch halb so viele, 1948 immerhin noch 40.000. Zu dieser Zeit sprachen sich etwa 70 Prozent der Westdeutschen für NS-Prozesse aus. 1950 waren genau so viele dagegen. Der politische Wandel machte sich bemerkbar. Ein Jahr später kam Best frei. Im Ruhrgebiet verbündete er sich sofort mit einem Freund aus den

Tagen, da beide in der NS-deutschen Botschaft in Paris tätig waren: Rechtsanwalt Ernst Achenbach in Essen. Achenbach hatte großen Einfluß in der nordrhein-westfälischen FDP, und die war damals ein Sammelbecken alter Nazis. Hans Fritsche aus dem Reichspropagandaministerium, in Nürnberg freigesprochen, holte alte Bekannte in den Kreis um Best, den FDP-NRW-Vorsitzenden Friedrich Middelhaue und Achenbach, Wolfgang Dierwege, ehemals Chefredakteur der HJ-Zeitung "Wille und Macht", Werner Naumann vom Propagandaministerium u.a., die finanziell vom Ruhrindustriellen Hugo Stinnes unterstützt wurden. Diese Crew organisierte Druck auf Bundestag und Bundesregierung mit dem Ziel einer Generalamnestie für alle verurteilten NS-Verbrecher und der Einstellung aller Haupt- und Ermittlungsverfahren. Der FDP-Bundesjustizminister Thomas Dehler wurde dafür gewonnen, aber der Bundestag stimmte mit großer Mehrheit dagegen. So konnten NS-Prozesse weitergeführt werden, freilich anfangs stets zögerlich. Das änderte sich erst 1963 mit dem großen Auschwitz-Prozeß in Frankfurt.

Für jeden neuen Beamten ein Nazi

Herbert veröffentlicht auch Zahlen über NS-Verbrecher, die von anderen Staaten angeklagt worden sind. So lieferten die drei Westmächte rund 6.000 Belastete an Drittstaaten aus, etwa die Hälfte an sich bildende Ostblockstaaten, an der Spitze Polen. Gegen 2.500 Personen eröffneten alliierte Militärgerichte Strafverfahren. 4.000 Beschuldigte wurden verurteilt, 668 zum Tode. Herbert verweist darauf, daß Verurteilte nach ihrer Entlassung vor Entnazifizierungskammern gestellt und "ein sehr hoher Prozentsatz" höherer und mittlerer Beamter nach 1945 entlassen wurde. Berücksichtigt man all dies, "so wird deutlich, daß bei allen Lücken, Fehlern und Versäumnissen die Westmächte in ihrem Bestreben, die NS-Eliten auszuschalten und auf Jahre hinaus vom öffentlichen und zumal vom politischen Leben in Westdeutschland fernzuhalten, in den Jahren nach Kriegsende ganze Arbeit geleistet haben." Das trifft ebenso zu, wie erwähnt werden muß, daß Bundestag und Bundesregierung nach 1951 alles daransetzten, diese Nazis zu rehabilitieren. So mußte von 1953 an mit jedem neuen Beamten ein alter, wegen NS-Vergangenheit entlassener in den öffentlichen Dienst übernommen werden.

Heiner Lichtenstein

Rechtsextremistische Kleingruppen:

Bund Nationaler Kameraden

Im aktuellen Verfassungsschutzbericht des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen fehlt der neonazistische „Bund Nationaler Kameraden“ (BNK). Seit 1995 macht der braune „Bund“ mit Sitz in Köln auf sich aufmerksam. Zu den Köpfen des BNK gehören der 27jährige Ulrich Klörries, er kommt von der 1995 verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ und kandidierte 1994 auf der Kölner Kommunalwahlliste der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“, sowie Rainer Gallianer. Dessen Karriere begann beim „Deutschen Freizeitclub“ in Köln. Es schloß sich ein Engagement bei der neonazistischen Kleinstorganisation „Der Deutsche Weg“ (D.W.), dem 1991 gegründeten regionalen Ableger der Ende 1992 verbotenen „Deutschen Alternative“ in Nordrhein-Westfalen, an. Gallianer folgte dann zusammen mit Michael Betz dem 24jährigen Michael Petri, ehemaliger DA-Landesvorsitzender von Rheinland-Pfalz, zu den 1993 initiierten „Deutschen Nationalisten“ (DN). Gallianer wurde Protokollführer im Landesvorstand Nordrhein-Westfalen, Betz DN-Landeschatzmeister.

„Der Bund Nationaler Kameraden“, so das im November 1995 beschlossene und veröffentlichte Programm „versteht sich nicht als Blockflöte, sondern als eine zukunftsorientierte, oppositionelle Alternative, die sich nicht nur an Ost-, Mittel- und Westdeutsche, sondern an das gesamtdeutsche Volk wendet. Ziel (...) ist es, eine politische und revolutionäre Organisation ins Leben zu rufen, die einen Gegenpol zur hiesigen Meinungsmache-Industrie darstellt.“ Neben dem sechsseitigen Programm verbreitet der BNK diverse Flugblätter und Aufkleber („Wir fordern: Verbot aller kommunistischer Organisationen!“, „Schein-Asylanten raus!“, „Gegen Staat und Kapital unser Kampf ist national!“, „Wehret den Anfängen! Multi-Kulti? Nein Danke! Stoppt den Wahnsinn!“). Der „Bund Nationaler Kameraden“ („Mit uns gegen Überfremdung, Rotfrontterror, System und Kapital!“) wirbt in Szenenblättern wie der „Freien Stimme“ (vgl. BNR 11/96) und „Widerstand“ (vgl. BNR 15/96) für sich und seine Ziele. Zu einem Schwerpunkt der Agitation des BNK zählt die Anti-Antifa-Tätigkeit. „Um den sogenannten Antifaschisten wirkungsvoll das Handwerk zu legen, brauchen wir Informationen über deren Aktivitäten und Treffpunkte

sowie Zeitungen und sonstige Schriften.“ Die als verantwortlich im Sinne des Presserechts benannte Person bei den BNK-Flugblättern erweist sich als Phantom.

Sollten die Aktivitäten des BNK anhalten, wird der Verfassungsschutzbericht des bevölkerungsreichsten Bundeslandes für das laufende Jahr die kleine rechtsextremistische Truppe doch berücksichtigen müssen.

Patriotische Jugend

In Hamburg-Bramfeld existiert seit dem vergangenen Jahr eine neonazistische Kleinstorganisation namens „Patriotische Jugend“. Sie besteht zumeist aus ehemaligen Anhängern der im Februar 1995 verbotenen „Nationalen Liste“ (NL). Die NL war am 13. März 1989 von Hamburger Anhängern des inzwischen verstorbenen Neonazis Michael Kühnen um Christian Worch (40) als Landespartei in Hamburg gegründet worden. Nach dem NL-Verbot setzten ehemalige Aktivisten der „Nationalen Liste“, Ableger der von Kühnen initiierten „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“, ihre Betätigung fort. Ab Oktober 1995 ist die „Patriotische Jugend“ als Herausgeberin des Skinzines „Bramfelder Sturm“ genannt. Der „Bramfelder Sturm“ wird seit Dezember 1994 von einem Kreis von Anhängern der „Nationalen Liste“ um das ehemalige führende Bramfelder NL-Mitglied Thorsten Bärthel und André Schwelling herausgegeben. Bislang sind neun Ausgaben des Skinzines erschienen. Die „Patriotische Jugend“ vertreibt über eine Postfach-Adresse in Henstedt-Ulzburg auch Propagandamaterial wie Aufkleber („Deutsche Jugend im Freiheitskampf“, „Kampf gegen die Antifa-Banden!“, „Schutz des deutschen Lebens! statt Schutz des Geldes“, „Multi-Kulti ist Völkermord“ Stoppt die Überfremdung!“, „Rudolf Heß. Freiheitskämpfer, Friedensbote, Märtyrer“). Im August vergangenen Jahres nahmen Angehörige der „Patriotischen Jugend“ an einem Rudolf-Heß-Gedenkmarsch in der niedersächsischen Heideblütestadt Schneverdingen teil. Bei einem Übergriff auf eine Jugendgruppe aus Nordrhein-Westfalen durch rechtsextremistische Skinheads in Leisten bei Plau in Mecklenburg-Vorpommern am 13. Juli dieses Jahres waren auch Personen aus Schleswig-Holstein beteiligt. Nach einem Bericht der Tageszeitung „junge Welt“ wurden bei ihnen einige Exemplare des „Bramfelder Sturms“ gefunden.

Sönke Braasch

Doppelstrategie des BdV:

Ein Kampf zweier Linien

Waigels Griff an den Geldhahn verstärkt die Auseinandersetzungen zwischen Unions-orientierten und rechtsextremen Kräften im Bund der Vertriebenen - hier exemplarisch dargestellt am Landesverband Niedersachsen.

„Bis 1990 galt das Heimatrecht als unverzichtbares Menschenrecht, verbunden mit dem 1952 von den Vereinten Nationen völkerrechtlich anerkannten 'Selbstbestimmungsrecht der Völker'. Die Heimatvertriebenen haben auf Gewalt verzichtet, jetzt sollen sie auf ihr Recht verzichten“, klagt ein Autor in „Erneuerung und Abwehr“ (7/96, S.19), dem Monatsblatt der konservativ-evangelikalen Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland. Unter der Überschrift „Bonn will BdV kaltstellen“ sekundiert die rechtsextreme Zeitschrift „Nation + Europa“ (5/96, S.66) mit den Worten: „Der Bund der Vertriebenen (BdV) ist Bonner Status-quo-Politikern schon lange ein Dorn im Auge. Jetzt will man offenbar versuchen, die Vertriebenenorganisation auf finanziellem Weg kaltzustellen.“

Ursache der Aufregung ist ein Schreiben von Finanzminister Waigel aus dem Herbst des vergangenen Jahres an die Finanzämter. Waigel hatte in seinem Schreiben darauf hingewiesen, daß Forderungen nach Vermögensrückgabe und Entschädigungen für ehemaliges Eigentum in den Vertreibungsgebieten den Vorschriften zur Erteilung der Gemeinnützigkeit widersprechen. Sollten der BdV und seine Gliederungen bis zum Jahresende ihre Satzungen nicht entsprechend ändern, wäre dies mit erheblichen finanziellen Einbußen verbunden, die der chronisch am Subventionstropf von Bund und Ländern hängende BdV kaum verkraften dürfte. Eine späte Erkenntnis im Hause Waigel, die offenkundig nicht nur der Finanznot des Bundes entsprungen ist. Vielmehr versucht die Bundesregierung scheinbar, ihre allzu eifrigen außenpolitischen Hilfstruppen zurückzupfeifen, um die Irritationen bei den Verbündeten im Westen und die Ängste bei den östlichen Nachbarn nicht noch weiter anwachsen zu lassen. Die seit mehreren Jahren diskutierte und von regierungsnahen Funktionären wie dem CSU-Bundestagsabgeordneten Hartmut Koschyk, ehemals Generalsekretär des BdV, for-

cierte Umbenennung des Vereins für das Deutschtum im Ausland in einen weniger verhänglichen Namen ist ein weiteres Indiz für diese Absicht. Da dies aber offenbar zur Kontrolle der aufmüpfigen Verbündeten als nicht ausreichend angesehen wird, sollten zugleich bei den anstehenden verbandlichen Wahlen dieses Jahres verstärkt in der Vertriebenenarbeit aktive Unionspolitiker in die Leitungsgremien durchgedrückt werden. Es war absehbar, daß beide Vorhaben auf den erbitterten Widerstand des radikaleren Teil der Vertriebenenverbände stoßen würden.

Bei der Landesdelegiertenversammlung Niedersachsen des BdV am 11. Mai in Hannover führte dieser doppelte Versuch aus dem Lager der CDU, den BdV an die Kette zu legen, zum Teil zu tumultartigen Szenen. Schon der Rechenschaftsbericht des Landesvorsitzenden Dr. Dietrich Radau (Landsmannschaft Pommern) führte immer wieder zu aufgebrachtten Zwischenrufen aus den Reihen der Delegierten, die teilweise mit Verstärkung aus ihren Kreisverbänden angereist waren, um auch die notwendige Lautstärke aufbringen zu können. Nur mit Mühe gelang es dem Tagungspräsidium, die streckenweise hoch aufgewühlten Wogen einigermaßen zu glätten. Dabei gilt Radau im niedersächsischen BdV-Landesverband als Vertreter einer Mittelposition. Er steht zwar zweifellos der CDU nahe, hat in der Vergangenheit aber deutlich demonstriert, daß er auch keinerlei Berührungsängste gegenüber rechtsextremen Funktionären hat. So unterzeichnete er bereits 1972 einen durch den NPD-Funktionär Hans-Michael Fiedler initiierten Aufruf zur Förderung „nationalkonservativer Jugendarbeit“ und referierte mehrfach beim Ostpolitischen Deutschen Studentenverband (ODS), der in dieser Zeit durch rechtsextreme Aktivisten geprägt wurde. Trotzdem erhielt er bei den Landesvorstandswahlen 1991 und 1993 nur jeweils ca. 60% der Delegiertenstimmen gegen seine damaligen offen rechtsextremen Kontrahenten Ekkehard Stuhldreher (ein ehemaliger Landtagsabgeordneter der NPD, der seine Partei verlassen hatte, da sie ihm zu links (!) geworden war) und Alfred Ardel (Aktivist des völkischen Witikobundes und Autor in der nationalrevolutionären Zeitschrift „Wir selbst“).

Ardelt war erst kürzlich wieder in die Schlagzeilen geraten, da er den in der FAZ als Anzeige erschienenen „Appell der 100“ unterzeichnet hatte, in dem die Art der Strafverfolgungsmaßnahmen gegen negationistische Autoren als an Rechtsbeugung

grenzend, gegen die Menschenrechte verstoßend und als „eines freien demokratischen Rechtsstaates unwürdig“ beschimpft worden waren. Ardel, bisher stellvertretender Landesvorsitzender, hatte auf eine neuerliche Kandidatur verzichtet. Als sein Nachfolger stand bereits der langjährige CDU-Bundestagsabgeordnete Helmut Sauer, zugleich Bundesvorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU, nach entsprechenden Absprachen fest. Er sollte den regierungstreuen Flügel verstärken, dessen bisher einziger expliziter Repräsentant der CDU-Landtagsabgeordnete Hellmut Schneider gewesen war. Aus Protest gegen diese personellen Vorabsprachen zog dann während der Versammlung die bisherige stellvertretende Landesvorsitzende Barbara Loeffke, kurz vorher zur Landesvorsitzenden der Landsmannschaft Ostpreußen gewählt, ihre erneute Kandidatur zurück.

Damit war nicht nur ein personelles Dilemma entstanden, sondern zugleich auch ein inhaltliches, denn mit der sich abzeichnenden Konstellation wäre der radikalere Flügel aus dem geschäftsführenden Landesvorstand völlig ausgegrenzt gewesen, da auch der dritte in der Riege der Stellvertreter, Oliver Dix, zugleich Bundessprecher der Arbeitsgemeinschaft Junge Generation im BdV, eher zur gemäßigten Fraktion zu rechnen ist. Um den völligen Bruch zu vermeiden, mußte es gelingen, die starke Minderheit erstens personell einzubinden und ihr zweitens inhaltliche Angebote für eine offensive Arbeit zu machen.

Kosmetische Korrekturen

Als personelle Alternative bot sich Johannes Raddatz (Pommersche Landsmannschaft) an, der während der Sitzung seine Qualitäten als Leiter des Tagungspräsidiums unter Beweis stellen konnte. Raddatz war erstmals 1988 einer breiteren Öffentlichkeit als stellvertretender Landesvorsitzender der DVU in Niedersachsen bekannt geworden. Zwei Jahre später trat er bei den Landtagswahlen als Direktkandidat der NPD im Wahlkreis Wittmund an. Er setzte sich unter mehreren Mitbewerbern schließlich mit 71 Stimmen durch. Da der offen rechtsextreme Flügel bereits bei den Delegiertenwahlen im Vorfeld gestutzt worden war und diesmal lediglich ca. ein Drittel der Stimmen stellen konnte, muß Raddatz also auch die Unterstützung eines Teils des gemäßigten Flügels erhalten haben. Ein zwiespältiges Abstimmungsverhalten,

das seine Entsprechung auf der Kreisebene findet. So wurde z.B. im Kreis Osterode zwar der lokale CDU-Funktionär Hubert Wabbels neuer Kreisvorsitzender, im wichtigen Kreisverband Braunschweig dagegen Jochen Wittmann, der bereits durch eine Buchveröffentlichung im rechtsextremen Verlag des Michael Damböck hervorgetreten war.

Das inhaltliche Kompromißangebot hatte Radau bereits in seinem Rechenschaftsbericht unterbreitet. Zwar sah er selbst eine „innere Bedrohung im Bemühen einer innerverbandlichen Gruppierung, eine Rechtsaußen-Brigade mit reaktionärer Programmatik auf der Vorstandsebene zu installieren“ (BdV-aktuell 3/96, S.2), doch baute er zugleich eben dieser Gruppierung goldene Brücken. Er betonte, daß der Verband keinesfalls auf die Felder der „Heimat-, Kultur- und Volkstumspflege sowie Sozialarbeit“ eingeengt werden dürfe. Einige der beanstandeten Passagen könnten wohl gestrichen werden, doch dürfe dies nicht ersatzlos geschehen. Das Präsidium und die Generalsekretärin seien bereits zu entsprechenden Ausarbeitungen schriftlich aufgefordert worden. Beabsichtigt ist scheinbar nur eine kosmetische Korrektur der Satzung, die formal den Forderungen aus dem Hause Wai-gel genügen würde, aber gleichzeitig die weitere Verfolgung des bisherigen Kurses ermöglichen würde.

Für diese Vermutung spricht auch das Vorhaben von Radau, durch einen von ihm selbst als „provokierende Initiative“ bezeichneten Plan wieder in die politische Offensive zu kommen, dadurch die schwächer werdenden personellen Kräfte der Vertriebenenverbände zu sammeln und die auseinanderstrebenden Fraktionen wieder zu bündeln. Er will darauf dringen, daß diejenigen in Osteuropa und den Staaten der ehemaligen UdSSR lebenden Menschen, die bei Übersiedlung in die Bundesrepublik die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten könnten, bereits jetzt das Wahlrecht zum Bundestag erhalten. Bisher ist dieses Wahlrecht an einen Wohnsitz im Bundesgebiet gebunden. Radau rechnet sich auch deshalb gute Chancen für diesen Plan ohne Präzedenz im Völkerrecht aus, da der radikale Flügel sich durch die Unterstreichung des völkischen Prinzips bestätigt fühlen wird, die Realofraktion dagegen darauf spekulieren wird, daß der Löwenanteil der neuen Stimmberechtigten die Unionsparteien wählen wird und somit deren Mehrheit auch bei sinkender Zustimmung im Inland sichern könnte.

Volkmar Wölk

Rechtsextreme in Sachsen:

Die Soko Rex auf den Fersen

Im Vorfeld der Rudolf-Hess-Aktivitäten beschlagnahmten Beamte der sächsischen Sonderkommission Rechtsextremismus (Soko Rex) kürzlich bei Wohnungsdurchsuchungen von Mitgliedern des neonazistischen „Nationalen Jugendblocks Zittau“ zahlreiches rechtsextremistisches Propagandamaterial. 76 den Behörden namentlich bekannte Rechtsextremisten im Freistaat wurden vom LKA persönlich angeschrieben und davor gewarnt, an geplanten Rudolf-Hess-Feierlichkeiten irgendwelcher Art teilzunehmen. Im ostsächsischen Kromlau hoben Beamte der in einschlägigen Kreisen inzwischen gefürchteten Soko Rex ein Schulungszentrum des „Jungen Nationalen Spektrums“ (JNS) aus. Der Neonazitreff soll nach LKA-Informationen von Aktivisten aus dem gesamten Bundesgebiet aufgesucht worden sein.

Der „Nationale Jugendblock Zittau e.V.“ (NJB) und das „Junge Nationale Spektrum“ gelten nach Angaben des sächsischen Landesamts für Verfassungsschutz als die aktivsten neonazistischen Organisationen im Freistaat. Sie arbeiteten zusammen und mit anderen rechtsextremistischen Gruppierungen. Das etwa seit Mitte 1994 auftretende JNS mit Sitz in Weißwasser wurde Ende 1994 als Jugendorganisation in die schwerpunktmäßig in Brandenburg agierende Neonazi-Organisation „Die Nationalen“ integriert. Der Verfassungsschutzbericht 1995 für das Land Sachsen, der in diesen Tagen in gedruckter Form erhältlich ist, gibt die Mitgliedschaft der JNS einschließlich der „Nationalen“ mit 40 an, sie hätten im vergangenen Jahr ihre Mitgliederzahl verdoppelt. Gezielt würden in Schulen und Jugendbegegnungstätten neue Anhänger angeworben. Vorsitzender des JNS ist Udo Hempel. Der im Januar 1992 gegründete „Nationale Jugendblock Zittau e.V.“ verfügt nach amtlichen Angaben über rund 30 Mitglieder, Vorsitzender ist Jens Leubner. Beide Gruppierungen gelten gemeinsam mit der in Sachsen konsolidierten NPD als Sammelbecken für Mitglieder verbotener Organisationen, wie der FAP, der „Deutschen Alternative“ und der „Direkten Aktion Mitteldeutschland“. Dem bundesweiten Trend entsprechend sammelt sich die neonazistische Szene auch in Sachsen zunehmend in autonomen Personenzusammenschlüssen, beispielsweise den sogenannten Kameradschaften, die sich jedoch an die NPD und „Die Nationalen“ anlehnen würden.

Das rechtsextremistische Potential in Sachsen beziffert der aktuelle Verfassungsschutz mit insgesamt rund 2.350 Personen (1994: 2.800; 1993: 3.400); ein Drittel davon machen 800 als militant bezeichnete Rechtsextremisten (1994:750) aus, darunter 450 rechtsextremistische Skinheads. Für die Skinheadszone wird eine Veränderung konstatiert: Sie hat sich etwa um ein Viertel reduziert und das Durchschnittsalter ist auf 15 bis 18 Jahre gesunken. Rund 50 der ca. 250 Neonazis im Freistaat werden als militant und gewalttätig eingestuft. Von den bei insgesamt 750 (1994:736) rechtsextremistisch motivierten Straftaten ermittelten 899 Tatverdächtigen waren zwei Drittel jünger als 21 Jahre.

Die rechtsextremistischen Parteien sind auch in Sachsen - hier mit Ausnahme der bundesweit abgehalfterten NPD - im Niedergang begriffen. Der DVU und den zerstrittenen „Republikanern“ werden landesweit jeweils etwa 600 Mitglieder zugerechnet, die DLVH ist kaum existent. Der NPD ist es aufgrund organisatorischer Straffung offenbar gelungen - trotz personellen Rückgangs auf 200 Mitglieder - sich zu behaupten, was zum Teil mit ihrer günstigen Altersstruktur dort, integriert sind die Aktivitäten der JN, begründet sein könnte. Der Verfassungsschutz sieht die NPD im Freistaat in einer Scharnierfunktion für die rechtsextremistische Szene, was auch Neonazis miteinbezieht. Darüber hinaus wird über gemeinsame Aktivitäten von Mitgliedern der REP, DVU, NPD oder „Die Nationalen“ berichtet.

G.N.

HINWEIS

Ein Volk von Tätern?

Bonn - In der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn findet am 4. September eine Podiumsdiskussion zur historisch-politischen Debatte um das Buch von Daniel Jonah Goldhagen statt. Den Einführungsvortrag wird um 15.00 Uhr Prof.Dr.Hans Mommsen, Bochum über „Die Deutschen und der Holocaust“ halten. Auf dem anschließenden Podium diskutieren Ignatz Bubis, Prof. Dr. Jane Caplan (Philadelphia/London), Dr. Frank Schirrmacher, Mitherausgeber der FAZ und Raul Teitelbaum, Korrespondent von „Jedioth Achronoth“ zum Thema „Die Deutschen - ein Volk von Tätern?“ Die Moderation führt der SPD-Bundestagsabgeordnete Freimut Duve.

Termin: 4.September 1996, 15.00 in der Friedrich-Ebert-Stiftung, Godesberger Allee 149, 53175 Bonn, Tel. 0228 - 883473

Kongreß zum Zeitgeist

In einer großformatigen Anzeige in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ am 10.8.1996 macht die „Europäische Arbeitsgemeinschaft“ auf ihre jährliche Veranstaltung aufmerksam. Vom 6. bis 8. September 1996 findet in Feldkirch/Vorarlberg der IV. Kongreß „Mut zur Ethik“ unter dem Motto „Aufgaben der Gesellschaft zur Sicherung der Demokratie“ statt.

Der Sitz von „Mut zur Ethik“ befindet sich im schweizerischen Zürich und ist identisch mit einer Organisation, die die Welt durch psychologische Menschenkenntnis retten will: die „Vereinigung zur Förderung der psychologischen Menschenkenntnis“ (VPM). Die VPM gilt mitsamt ihrer etwa zwanzig Schwestervereine als eine von Rechtsaußen politisierende Psychosekte, der es - im Gegensatz beispielsweise zu dem Sektenmoloch „Scientology“ - nicht ums Geld, sondern um Kopf und Seele geht. In den VPM-Reihen finden sich 4.000 Weltbeglückter, darunter 1.000 Deutsche. Mit schätzungsweise 200 bis 500 Mitgliedern ist Köln die größte deutsche Sektion des VPM. Die VPM-Klientel besteht zum Großteil aus Psychologen, Ärzten, Studenten, Lehrern und anderen erzieherisch Tätigen. Verbreitet werden Heilslehren vom besseren Leben, Sauberkeit und Ordnung sowie ein elitäres Menschenbild (SPIEGEL). Die Kämpfer wider alles Linke vertreten eine restriktive Drogen- und Aidspolitik und führen einen fanatischen Kampf gegen angeblich linksextremistisch unterwanderte Kirchen, Medien, Schulen und andere gesellschaftliche Institutionen. Kritik an ihren Praktiken vergleichen die VPM-Jünger mit der Diffamierung der Juden, wodurch der Holocaust vorbereitet wurde. Im Vordergrund der VPM-Botschaft steht die Rückbesinnung auf vorgeblich „christlich-humane Werte“ und eine „christlich-humane Ethik“; die Nähe zu rechtsbürgerlichen und rechtskatholischen Kreisen wird gesucht.

Zu dem IV. Kongreß „Mut zur Ethik“ sind „Wissenschaftler und Experten aus der Praxis“ angekündigt, darunter u.a.: Karl Schachtschneider, ordentlicher Professor an der Uni Erlangen-Nürnberg, zeitweilig stellv. Bundesvorsitzender des „Bund freier Bürger“; Heinrich Lummer, CDU-MdB; Prof. Klaus Hornung, Autor in der „Jungen

Freiheit“; Dieter von Glahn, Abwehroffizier der Wehrmacht, dessen braungefärbte Karriere bei der „Organisation Gehlen“ begann und über den Bundesnachrichtendienst, den „Bund deutscher Jugend“, das „Kuratorium unteilbares Deutschland“, die „Konservative Aktion“, die CDU, bis zum Pressesprecher der REP in Hannover führte; Hans-Eberhard Zahn, Ehrenvorsitzender des „Bund Freiheit der Wissenschaft“ (im Frühjahr wurde ihm die Mitgliedschaft in der FDP verweigert); Siegfried Ernst, Vorsitzender der „Europäischen Ärzteaktion“, einer Vereinigung militanter Abtreibungsgegner; Konrad Löw, Ordinarius für Politikwissenschaft in Bayreuth, „Criticon“-Autor; Gerhard Löwenthal, einst Moderator des ZDF-Magazins (1969-1987), Mitbegründer der 1981 ins Leben gerufenen „Konservativen Aktion“, gefeierter Vorstandsvorsitzender der rechtskonservativen „Deutschland Stiftung“. Löwenthal wird den Einführungsvortrag zu dem Kongreß halten.

Für Veranstaltungen der „Europäischen Arbeitsgemeinschaft >Mut zur Ethik<“ wird regelmäßig in „Zeit-Fragen“ geworben. Herausgegeben wird das im 3.Jahrgang erscheinende Blatt (monatliche Auflage nach Eigenangaben: 40.000 Exemplare) vom „Verein Kritische Auseinandersetzung mit Zeitfragen“ (Verlag Zeit-Fragen, Zürich), der selbst der Arbeitsgemeinschaft angehört. Verantwortlicher Redakteur ist der „VPM-Anhänger“ Peter Lutz. Nach Angaben von Ingold Efler/Holger Reile in ihrem Buch „VPM - die Psychosekte“ (Reinbek 1995) werden in der Zeitung „vorwiegend Themen behandelt, die direkt oder indirekt mit VPM zu tun haben.“

Preisverleihung

Frankfurt - Die Vierteljahresschrift „Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums“ soll den diesjährigen „Leo-Baeck-Preis“ erhalten. Die Preisverleihung findet am 1. September dieses Jahres im Festsaal des Jüdischen Gemeindezentrums in Frankfurt statt. Die Laudatio wird Dieter H. Vogel, Vorstandsvorsitzender der Thyssen AG halten.

Rabbiner Leo Baeck (1873-1956) war die prägende Gestalt des deutschen Judentums in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Der Zentralrat der Juden in Deutschland vergibt seit 1956 zur Erinnerung an Leo Baeck den Preis an Menschen und Institutionen, die sich in herausragender Weise für die jüdische Gemeinschaft engagiert haben.

BÜCHERSCHAU

Ein Organ der extremen Rechten

Als publizistische Organe, die der „Neuen Rechten“ ein Forum geben, gelten in Deutschland die Vierteljahreszeitschrift „Criticon“ und die Wochenzeitung „Junge Freiheit“. In Österreich gibt es dafür die in Graz erscheinende Monatszeitschrift „Aula“. Sie wurde bereits 1951 noch unter dem Namen „Der freiheitliche Akademiker - Mitteilungsblatt des Akademikerverbandes Österreichs“ gegründet und 1952 in „Die Aula - Monatszeitschrift österreichischer Akademikerbände“ umbenannt. Bis zu Beginn der achtziger Jahre blieb das Publikationsorgan im wesentlichen ein internes Mitteilungsblatt, erst danach wandelte es sich zunehmend zu einem politischen Magazin, was sich 1991 auch in einer erneuten Umbenennung „Aula - das freiheitliche Magazin“ ausdrückte. Aus dem internen Informationsorgan eines Akademikerverbandes war eine Zeitschrift mit dezidiert politischer Stoßrichtung geworden. Am rechten Flügel der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ (FPÖ; (heute: Die Freiheitlichen“) orientiert bildete es eine Art Organ des Brückenspektrums, d. h. es bot sowohl Rechtsextremisten als Nicht-Rechtsextremisten aus dem akademischen Bereich ein Forum.

Der AULA widmet der Innsbrucker Politikwissenschaftler Reinhold Gärtner eine umfangreiche Analyse, die unter dem Titel „Die ordentlichen Rechten. Die ‘AULA’, die Freiheitlichen und der Rechtsextremismus“ erschien. Darin will der Autor eine Untersuchung der Zeitschrift aus diskurs-analytischer Sicht, also im Sinne einer interpretativen Methode vornehmen. Gärtner geht es dabei um eine Klärung der Frage, ob bei der AULA „einerseits eine von der Neuen Rechten propagierte Intellektualisierung und andererseits eine Abgrenzung von der alten Rechten sichtbar wird“ (S. 9). Zunächst beschäftigt sich der Autor mit theoretischen Überlegungen zu den Begriffen „Rechtsextremismus“ und „Neue Rechte“ und behandelt dann die Auseinandersetzung der

AULA mit den Politikbereichen „rechts“ und „links“, Heimat und Kultur, Antisemitismus und Kritik am Parteienstaat. Des weiteren erörtert Gärtner die FPÖ und „Ausländer“ als Themen in der AULA und liefert einen materialreichen Überblick zu den Autoren, Leserbriefschreibern, Nachdrucken, Rezensionen und Inserenten. Die wichtigsten Ergebnisse der Analyse werden in einer abschließenden Zusammenfassung festgehalten.

Darin schreibt Gärtner u.a.: „Wenn wir die Autoren der AULA betrachten, so gilt, daß jene die am häufigsten in der AULA schreiben gleichzeitig der extremen oder Neuen Rechten zuzuordnen sind. ... Eine Abkehr von der Alten Rechten, damit von rechtsextremistischen Ideen bzw. Vorstellungen gelingt nach wie vor nicht in einem Ausmaß, das die Einordnung der Zeitschrift AULA als ‘nicht-rechtsextrem’ legitimieren würde. Es wird auch ... nicht ersichtlich, daß diese Distanzierung von rechtsextremistischen Ideologemen beabsichtigt wäre. Die strategisch wichtige Funktion des Brückenspektrums gelingt nur ansatzweise ... durch eine größere Anzahl verschiedener Autoren, die meist nicht häufig erscheinen“ (S. 323 f.). Der Autor hat für die Erstellung seiner Analyse eine Fülle ganz unterschiedlichen Materials ausgewertet, was seiner Studie bei Detailspekten einen guten Informationswert zukommen läßt. Auch vermag die Darstellung die Verbindung der AULA sowohl in die Partei der „Freiheitlichen“ als auch in den Rechtsextremismus hinein überzeugend zu belegen. Gleichwohl verdient Gärtners Untersuchung aus methodischen Gründen auch Kritik, insbesondere hinsichtlich der theoretischen Vorgaben: Zwar skizziert er die Forschungskontroverse um die Begriffe „Rechtsextremismus“, „Neue Rechte“ und „Brückenspektrum“, nimmt aber selbst keine wirklich trennscharfen Unterscheidungen für die eigene Untersuchung vor. Bei der Einschätzung anderer Publikationsorgane klebt Gärtner leider auch all zu sehr an der Sekundärliteratur, ohne sich ein eigenes Bild und Urteil zu machen.

Armin Pfahl-Traugbber

Reinhold Gärtner, Die ordentlichen Rechten. Die „AULA“, die Freiheitlichen und der Rechtsextremismus, Wien 1996 (Picus-Verlag), 389 S., 48 DM

Zerstrittene Knasthilfe

Ludwigshafen - Neuer Vereinsvorsitzender der braunen Knasthilfeorganisation „Internationales Hilfskomitee für nationale politische Verfolgte und deren Angehörige e.V.“ ist der vorbestrafte 21jährige Nutzfahrzeugmechaniker Markus Walter aus dem westpfälzischen Pirmasens. Stellvertreter wurde der 29jährige Student Christoph Bauer aus dem südbadischen Grenzach, ein ehemaliges Mitglied der 1995 verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP). Bauer betreute Anfang der 90er Jahre den „Schulungsbrief“ der 1986 von Ernst Tag initiierten „Aktion Sauberes Deutschland“ (ASD). Bisheriger Vorsitzender war seit der Gründung des IHV im Jahre 1987 Ernst Tag (50) aus Ludwigshafen. Als Stellvertreter fungierten bislang nacheinander Bernd Koch (46) aus Solingen, Klaus Acker (38) aus Worms, Stephan Fuchs (31) aus Landau und Andreas Szalay (23) aus Ilvesheim (Rhein-Neckar-Kreis). Koch, der selbst eine schillernde Karriere aufweist, warnte, nachdem er das IHV verlassen hatte, vor Ernst Tag „in aller Deutlichkeit“. Acker war 1989, dem Jahr

als er zum Stellvertreter Tags wurde, auch Landesvorsitzender der FAP in Rheinland-Pfalz; Szalay war Aktivist der seit 1992 verbotenen „Nationalistischen Front“. Der jetzige Stellvertreter Walter ist ein Vertrauter des ehemaligen Chemielaboranten Tag und führte die Ortsgruppe Pirmasens der ASD an.

Tag hatte im Mai vergangenen Jahres „verbindlich und unwiderruflich“ seinen Rückzug aus der rechtsextremistischen Szene verkündet (vgl. BNR 13/95). In diesem Zusammenhang legte Tag auch den Vorsitz des IHV nieder. Vor der Gründung des „Hilfskomitees“ gehörte Tag der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangenen und deren Angehörige e.V.“ (HNG) an. Per Einschreiben wurde Tag im Januar 1987 der Ausschluß aus der HNG „mit sofortiger Wirkung“ mitgeteilt. „Wir möchten festgestellt wissen, daß dieser Ausschluß nicht wegen Ihrer persönlichen politischen Meinungsverschiedenheiten mit Herrn Kühnen erfolgt. Vielmehr ist es die Art und Weise, wie Sie Ihre Auseinandersetzungen mit Herrn Kühnen geführt haben.“ Vorsitzende der HNG war damals die Vertraute des 1991 an AIDS verstorbenen Michael Kühnen, Christa Goerth.

Sönke Braasch

Tagebuch

Altlußheim (Rhein-Neckar-Kreis) - In der Nacht vom 10. auf den 11. August fand in Altlußheim eine Razzia in der Diskothek „Eloy“ statt. Dabei wurden 115 Personen, zumeist Skinheads und Renées, im Alter zwischen 16 und 30 Jahren kontrolliert. Zehn Angehörige der rechtsextremen Szene wurden vorübergehend festgenommen. Anlaß war das Mitführen von Hieb- und Stichwaffen. Gefunden wurde auch Propagandamaterial wie Flugblätter, verbotene Tonträger, Fahnen, eine Reichskriegsflagge und Aufkleber, die „Freiheit für Günter Deckert“ forderten. Ursprünglich war ein Konzert mit „Störkraft“ in der ehemaligen Gastwirtschaft vorgesehen. Die angereisten Personen stammten zumeist aus Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz.

Berlin - Die „Arbeitsgemeinschaft Naturreligiöser Stammesverbände“ (ANSE; Sitz: Berlin) mobilisiert ihre Mitglieder zu einem „Fest der Leinernte“, das vom 6. bis 8. September stattfinden soll. Eingeladen sind Abgesandte aller „Stammesgruppen Midgard-Europas“.

Berlin - Der Vorsitzende der neonazistischen „Nationalen Alternative“, Oliver Schweigert (27), wurde vom Landgericht Berlin zu einer viermonatigen Freiheitsstrafe verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß Schweigert, Ex-Funktionär der verbotenen „Deutschen Alternative“, Bezirks-tags-Kandidat für „Die Nationalen“ in Berlin 1992, Flugblätter der NSDAP/AO zur Verbreitung aufbewahrt hat.

Bonn - Im Juni dieses Jahres wurden dem Bundeskriminalamt insgesamt 110 fremden- und ausländerfeindlich motivierte Straftaten gemeldet. Nach Angaben der Bundesregierung befanden sich darunter drei Brandanschläge, 14 Angriffe gegen Personen und 93 „sonstige“ Straftaten wie Sachbeschädigungen oder Beleidigungen; 19 Personen wurden verletzt. Von den 77 dem BKA bekannten Tatverdächtigen wurden 38 vorläufig festgenommen, gegen drei ergingen Haftbefehle. Im Vormonat Mai waren 152, im April 161 und im März 172 fremden- und ausländerfeindliche Straftaten registriert worden.

Bonn/Recklinghausen - Die revanchistische Wochenzeitung „Der Schlesier“ veröffentlicht

nach Angaben der Bundesregierung „regelmäßig“ Beiträge, die „tatsächliche Anhaltspunkte“ für verfassungsfeindliche Tendenzen enthalten. Darunter fielen auch „Artikel mit revisionistischem Inhalt“ erklärte die Bundesregierung Ende Juli auf eine Kleine Anfrage der PDS. In seiner Ausgabe vom 16. August kontert „Der Schlesier“ dazu im Hinblick auf seine Beurteilung durch die Bundesregierung: Der geschichtliche Revisionismus habe schließlich gegen die These von der „deutschen Alleinschuld“ am ersten Weltkrieg gekämpft. Im übrigen sei „die internationale Geschichtsforschung heute zu der Erkenntnis gekommen, daß Stalin einer der ganz entscheidenden Drahtzieher des Zweiten Weltkrieges war“. Nach Angaben der Bundesregierung ist „Der Schlesier“ nicht im aktuellen Verfassungsschutzbericht aufgeführt, da dieser keinen „erschöpfenden Überblick“ über extremistische Publikationen geben könne. Auch müsse zwischen einer „möglicherweise kontraproduktiven Aufwertung“ und der „Erforderlichkeit öffentlicher Aufklärung“ durch den Verfassungsschutz abgewogen werden.

Bruchsal (Baden-Württemberg) - In der holo-caustleugnenden Postille „Sleipnir“ (Heft 3/1996) beschreibt der inhaftierte NPD-Vize Günter Deckert seinen Haftalltag im Bruchsaler Gefängnis. Stolz teilt er mit, daß er einen EDV-Kurs mit IHK-Zertifikat abgeschlossen hat und nun an einem PC-Zusatzkurs (Norton C. auf MS-DOS) teilnimmt. Sich selbst bezeichnet er als „eine Art Knacki-Promi.“

Hamburg - In rechtsextremen Kreisen (u.a.: Grabert-Verlag, Junge Freiheit) wird seit Wochen für eine „Streitschrift“ mit dem Titel „Wider den Mißbrauch der Geschichte deutscher Soldaten zu politischen Zwecken“ geworben. Autor der 100 Seiten umfassenden Schrift ist ein Rüdiger Proske (Hamburg). Anlaß für seine Publikation ist die vom Hamburger Institut für Sozialforschung im März 1995 in Hamburg eröffnete und nunmehr im deutsch-sprachigen Raum zirkulierende Wanderausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“. Der Grabert-Verlag bezeichnet die Proske-Schrift, in der „Drahtzieher und Hintergründe der gegenwärtigen Diffamierungskampagne gegen die deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges aufgedeckt“ werden als eine „längst fällige Streitschrift“.

Hemhof (Bayern) - Im 84. Lebensjahr ist der rechtsextreme Maler und Schriftsteller Gerd Fester-

ling verstorben. Bekannt wurde Festerling als Mitbegründer und Vizepräsident des „Freien Deutschen Autorenverbandes“ (FDA). Die NS-apologetische Postille „Recht und Wahrheit“, Organ der „Deutschen Freiheitsbewegung“ (DDF), bescheinigte ihm zu seinem 80. Geburtstag, daß er jener Generation angehöre, „deren Lebensinhalt Pflichtbewußtsein, Vaterlandstreue und Heimatliebe“ sind. Zuletzt trat Festerling, über mehrere Jahre hinweg Vorstandsmitglied der DDF, als Referent beim „Recht und Wahrheit“-Lesertreffen 1993 in Erscheinung.

Karlsruhe/Dortmund - Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe hat die Verurteilung von drei Spitzenfunktionären der verbotenen „Nationalistischen Front“ zu Gefängnisstrafen bestätigt. Die Revision der Angeklagten wurde Anfang August ohne mündliche Verhandlung als unbegründet verworfen. Damit ist das Urteil des Landgerichts Dortmund vom November 1995 gegen das NF-Führungstrio rechtskräftig. Der Ex-NF-Vorsitzende Meinolf Schönborn muß wegen Verstoß gegen das Vereinsgesetz und Verbreitung und Verwendung von verfassungsfeindlichen Symbolen für zwei Jahre und drei Monate hinter Gitter. Die Schönborn-Stellvertreter Stefan Pielert und Eckhard Scholz wandern für je für zehn Monate ins Gefängnis. (Aktenzeichen: 3 StR 239/96)

Kiew/Ukraine - Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) und die „Ukrainische Nationalversammlung“ („Ukrainska Nacionalna Assamblea“ >UNA<) haben einen Freundschaftsvertrag abgeschlossen. Als Vertreter der NPD überreichte der Auslandsreferent Wolfgang Nahrath (ehemals „Wiking-Jugend“) am 22. Mai in Kiew in Begleitung des Sozialreferenten Axel Schunk (ehemals „Wiking-Jugend“) die vom Parteivorsitzenden Udo Voigt unterzeichneten Urkunden. Die UNA war durch Oleg Vitovich (1. Chef der UNA), Dimitro Korchinski (2. Chef), Viktor Melnik (Oberster Sekretär) und Geni Kurenkow (Auslandsreferent für Deutschland) vertreten.

Marseille/Paris - Mehr als sechs Jahre nach der abscheulichen Schändung von 35 Gräbern auf dem jüdischen Friedhof der südfranzösischen Stadt Carpentras steht die Tat vor der Aufklärung. Die fünf mutmaßlichen Täter sollen damals mit der militanten, einige hundert Mitglieder umfassenden Neonazi-Partei „PNFE Parti Nationaliste Francais et Européen“, sympathisiert haben. Vier ehemalige Skinheads wurden Anfang August unter Anklage

gestellt, ein fünfter war 1992 bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen. Die gräßliche Friedhofsschändung vom Mai 1990 wurde durch die internationale Presse aufgegriffen und sorgte für große Empörung in Frankreich und im Ausland. Die Polizei kam den Tätern erst kürzlich auf die Spur, nachdem einer der Skinheads sich gestellt hatte.

Modena/Dortmund - Die italienische Justiz hat Ermittlungsverfahren gegen die beiden früheren SS-Männer und Befehlshaber des KZs Fossoli bei Modena, Karl Friedrich Titho (85) und Hans Haage (90) eingeleitet. Dem ehemaligen KZ-Kommandanten Titho und seinem Stellvertreter Haage werden Beteiligung an Morden und fortgesetzte Gewaltanwendung gegen KZ-Insassen vorgeworfen. Im KZ Fossoli wurden am 12. Juli 1944 als Vergeltungsaktion für einen Anschlag auf sieben deutsche Soldaten 67 politische Häftlinge erschossen. Die Dortmunder Staatsanwalt hat bereits 1971 das Ermittlungsverfahren gegen den KZ-Kommandanten Titho teils wegen Verjährung, teils wegen mangelnden Tatverdachts eingestellt.

München - Hans-Dietrich Sander (München) fordert in den von ihm 1990 gegründeten „Staatsbriefen“ (5-6/1996) Gleichgesinnte dazu auf, „die Ebene des parteipolitisch organisierten Nationalismus zu verlassen.“ Ebenso wird von Sander (geb. 1928), einst Journalist der Tageszeitung „Die Welt“ und Autor der „Kulturstiftung der Deutschen Vertriebenen“ (1992), die Idee der „Runden Tische“ abgelehnt. Stattdessen soll die „Herstellung eines Milieus, in dem sich für unser Volk eine nationale Renaissance über alle Globalisierungsakte erheben kann“, über „persönliche Bindungen, die erprobten Freundschaften, die irreguläre und unkontrollierbare Verkehrsformen entfalten können“, erreicht werden. Gebraucht werde, so Sander „Spontaneität zur Bildung einer fähigen Elite durch eine natürliche Auslese, die persönlichkeits- und leistungsorientiert ist, anstelle jener Kader, die nie den Weg zum Volk fanden.“ Bei den „Staatsbriefen“ (Auflage ca. 1.000 Exemplare) handelt es sich, so der nordrhein-westfälische Verfassungsschutzbericht 1995, „um eine rechtsextremistische Monatsschrift auf relativ hohem intellektuellen Niveau.“

München/Hamburg - Der DVU-Vorsitzende Dr. Gerhard Frey gibt in der „Deutschen National-Zeitung“ (9.8.1996) bekannt, daß die „Deutsche Volksunion“ zur Landtagswahl 1997 in Hamburg

antreten wird. Bei den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft 1993 hatte die zum erstenmal dort kandidierende DVU 2,8 Prozent der Stimmen erhalten. Für 1997 wirbt Frey vorausschauend jetzt bereits um „größtmögliche“ Spenden.

Naumburg - Der revanchistische „Witikobund“ führt vom 27. bis 29. September seine diesjährige Jahrestagung in Naumburg durch. Auf dem Programm steht u.a. die Mitgliederversammlung mit Vorstandswahl und Satzungsänderungen.

Solothurn (Schweiz) - Einwohner im schweizerischen Solothurn fanden Anfang August rechtsextreme Flugblätter in ihren Briefkästen. Die Schweizer Jugend wird darin aufgefordert, dafür zu kämpfen, da die Schweiz wieder das Land der Schweizer wird: „Schweizer Jugend wach auf! Lasst Euch nicht länger verschaukeln! Kämpft mit uns für eine Schweizer Zukunft!“. Als Vorlage der Flugblätter (ohne Impressum) diente entsprechende rassistische Propaganda der bundesdeutschen „Jungen Nationaldemokraten“ (JN).

Stuttgart - Die rechtsextreme „Deutsche Freiheits- und Arbeiterpartei“ (DFA) nominierte Mitte Juli Mario H. Meurer zu ihrem Kandidaten für die Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl im Herbst. Der 33jährige Theologe und Autor ist Pressesprecher der DFA. Bundesvorsitzender ist Martin Pape (68), der 1979 die „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP) gründete. Pape verließ Ende der 80er Jahre die FAP und rief im September 1990 die DFA ins Leben. 1994 kandidierte Pape zur Bundestagswahl. Meurer trat jüngst mit einem Leserbrief („War alles Schwindel?“) in der Deutschen National-Zeitung“ des Dr. Gerhard Frey (63) an die Öffentlichkeit. Offiziell existiert ein Unvereinbarkeitsbeschluß der DVU unter ihrem Bundesvorsitzenden Frey u.a. gegenüber Gruppierungen um Martin Pape.

Stuttgart - Die „Republikaner“ wollen sich zur Oberbürgermeisterwahl in der baden-württembergischen Landeshauptstadt im Herbst dieses Jahres stellen. Als Kandidat wird voraussichtlich Dieter Lieberwirth, REP-Fraktionsvorsitzender im Stuttgarter Gemeinderat, Mitglied im REP-Bundesvorstand und REP-Landtagskandidat im März dieses Jahres, ins Rennen geschickt.

Tübingen - Das Grabert-eigene „Institut für deutsche Nachkriegsgeschichte“ (IdN; Tübingen) hat eine 64seitige Broschüre „Zur Ehrenrettung der



deutschen Soldaten“ veröffentlicht. Bewundert wird, daß es vor 1945 „einen großen Konsens über gewisse Dinge (gab), die selbstverständlich erschienen, zum Beispiel, daß jeder Deutsche bereit sein sollte, sein Leben für die Kameraden, für das deutsche Volk und Reich einzusetzen.“ Autor der Schrift ist Götz Eberbach (geb. am 10.01.1930 in Stuttgart), bis zur Pensionierung Lehrer an einem Gymnasium in Kirchheim/Teck; danach für den „Schulverein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen e.V.“ des Kieler Rechtsextremisten Dietmar Munier tätig. Gewidmet hat Eberbach sein Werk „den deutschen Soldaten der beiden Weltkriege“, besonders aber seinem Vater, General der Panzertruppen, Heinz Eberbach, seinem Schwiegervater, Generalmajor der Waffen-SS Kurt Meyer, seinen Brüdern Kapitän zur See Heinz Eberbach und Oberstleutnant der Luftwaffe Wolfram Eberbach. Eberbach ist regelmäßig in ultrarechten und rechtsextremen Zeitungen und Zeitschriften tätig; so u.a. für „Erneuerung und Abwehr“, dem Organ der „Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland“, „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“, „Nation+Europa“, „Der Freiwillige“ und dem österreichischen „Eckartboten“.

Weimar - Thomas Dienel, einst Führer der Neonazi-Splittergruppe „Deutsch-Nationale Partei“ (DNP) und zeitweilig NPD-Landesvorsitzender von Thüringen, wurde vom „Aktionskomitee Rudolf Heß 1996“ zur „unerwünschten Person“ erklärt. Dienel, Mitglied des „Volksbundes Deutsches Reich“ von Klaus Huscher, einem Anhänger des Esoterischen Hitlerismus, wird die Veruntreuung von Sachwerten und Geldern der „Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene“ (HNG) vorgeworfen. Im Thule-Mailbox-Netz ist dazu zu lesen: Es kann nicht angehen, daß wir mit solchen >Kameraden< weiterhin politisch zusammenarbeiten. Wir würden damit unsere politische Glaubwürdigkeit verlieren. ... Das gesamte Nationale Lager leidet unter solchen Zeitgenossen.“

Adresse:

Wien (Österreich) - Die rechtsextremistischen „Kommentare zum Zeitgeschehen“, herausgegeben von der „Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik“ (AFP; Sitz: Wien), berichten in ihrer August-Ausgabe über die ordentliche Generalversammlung des jüngst ins Leben gerufenen „Forums für ein humanes und demokratisches Strafrecht und zur Einhaltung der Menschenrechte“. Gewählt wurde folgender Vorstand: Ilse Hans (Präsidentin; Ex-FPÖ-Landtagsabgeordnete), Eva Krassnig, Leopold Makovsky, Hans Jörg Schimanek sen. (FPÖ-Landesrat) und Horst Ludwig (AFP-Vorsitzender).

Wiesbaden/Bad Soden - Die FPD-Rechtsgruppierung „Liberale Offensive“ will die Einführung der gemeinsamen europäischen Währung vorerst stoppen. Die Parteiführung soll per Mitgliederentscheid dazu bewegt werden, den für Januar 1999 festgesetzten Termin der Einführung des Euro wegen der zu vielen Risiken für Deutschland und Europa zu überdenken. Für die Einleitung eines entsprechenden Mitgliederentscheids werden die Unterschriften von fünf Prozent der Parteimitglieder benötigt. Bereits Ende Mai hatte die „Liberale Offensive“ eine großformatige Anzeige in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ geschaltet, in welcher ein „FDP-Mitgliederentscheid“ gefordert wurde „zur Abschaffung der D-Mark und Einführung des Euro“. Die Anhänger inner- und außerhalb der FDP wurden um ideelle und finanzielle Unterstützung der Aktion gebeten; unterzeichnet war die Anzeige u.a. von Heiner Kappel, Achim Rohde, Alexander von Stahl, Klaus Rainer Röhl.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:

Vorwärts Verlag GmbH
Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon (0228) 95113-0, Fax 95113-16

Redaktionsleitung:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstr. 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 9510416, Fax 314523

Satz und Lithos:

DAVIS BONN GmbH

Druck:

Braunschweig-Druck GmbH

Erscheint 14tägig, Bezug nur Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten